Geschichte und Philosophie

# Zum Fall Kurras: Sie schossen zuerst und nicht zum ersten Male

*Von Khaled | 1. Juli 2009*

In Absprache mit den Westalliierten plante die Regierung der BRD die Wiederbewaffnung und die vertragliche Bindung an die NATO. Nach Vorabsprachen auf der Außenministerkonferenz im September 1951 sollte am 26. Mai 1952 der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) unterzeichnet werden.

In Absprache mit den Westalliierten plante die Regierung der BRD die Wiederbewaffnung und die vertragliche Bindung an die NATO. Nach Vorabsprachen auf der Außenministerkonferenz im September 1951 sollte am 26. Mai 1952 der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) unterzeichnet werden.

Gegen dieses Vorhaben formierte sich ein breiter Widerstand aus linken, kommunistischen und pazifistischen Kräften. Eine Konferenz von Vertretern verschiedener Jugendorganisationen rief am 2. März 1952 zu einer „Jugendkarawane gegen Wiederaufrüstung und Generalvertrag“ am 11. Mai 1952 in Essen auf.
Widerstand gegen die Wiederbewaffnung der BRD
Am 10. Mai verbot der Innenminister von NRW, Karl Arnold (CDU), der zugleich Ministerpräsident war, die Demonstration mit der Begründung, dass wegen weiterer Veranstaltungen nicht genügend Polizeikräfte zur Verfügung ständen. Viele Teilnehmer traten die Heimreise an. Dennoch fanden sich etwa 30 000 DemonstrantInnen vor der Grugahalle in Essen ein. Sie widersetzten sich den Aufforderungen der Polizei. Es wurde Schießbefehl auf die DemonstrantInnen erteilt. Später wurde behauptet, diese hätten auf die Polizei geschossen, die dann dazu gezwungen gewesen sei, das Feuer zu erwidern. Zwei Kugeln eines Polizisten trafen Philipp Müller (KPD), eine davon tödlich ins Herz. Weitere DemonstrantInnen wurden durch Polizeikugeln schwer verletzt. Die Schüsse sind mit Urteil vom 2. Oktober 1952 vom Dortmunder Landgericht als Notwehr eingestuft worden. Schusswaffengebrauch von DemonstrantInnen konnte nicht nachgewiesen werden. Ministerpräsident Arnold erklärte: „Da der Widerstand durch den Gebrauch des Polizeischlagstockes nicht gebrochen werden konnte, musste von der Schusswaffe Gebrauch gemacht werden“.
Protest gegen den Staatsbesuch des Kaisers aus Persien
Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) organisierte im Mai 1967 an der FU Berlin Aktionen gegen den geplanten Staatsbesuch von Mohammad Reza Pahlavi, den Schah von Persien. Mit Plakaten, Vorträgen und Diskussionsveranstaltungen sollten StudentInnen und die Berliner Bevölkerung über dessen diktatorische Politik in Persien aufgeklärt werden. Am 1. Juni 1967 beschrieb der Exil-Perser Bahman Nirumand im vollbesetzten Audimax der FU die undemokratischen Zustände in seiner Heimat. Im Anschluss an diese Veranstaltung zogen StudentInnen vor die Westberliner Militärmission der CSSR, um gegen die freundliche Aufnahme des Schahs in Prag zu demonstrieren. Schon in der Nacht davor hatten SDS-Mitglieder

und der Iranische Studentenbund (CIS) überall in Berlin Plakate geklebt, die einen Steckbrief des Schahs mit der Überschrift „Mord“ enthielt. Am Morgen des 2. Juni flog dann Reza Pahlevi in Berlin ein. Schahtreue Perser hatten die Erlaubnis erhalten, ihren Kaiser mit Fahnen und Jubelgeschrei am Flughafen zu begrüßen.

Gegen 14.30 Uhr fanden sich die Majestäten im Schöneberger Rathaus ein. Auf dem Platz vor dem Rathaus hatten sich etwa 3 000 DemonstrantInnen zu einer Demo versammelt. Ein Augenzeuge berichtete: „Ich stand unmittelbar hinter der Sperrung und war zunächst erstaunt, dass kurz vor der Ankunft des Schahs zwei Busse vor dem Rathaus vorfuhren, denen DemonstrantInnen mit schahfreundlichen Plakaten und Fähnchen entstiegen. Plötzlich sah ich, wie einer der Schahanhänger mit einem Todschläger, einer Stahlspirale mit Bleikugel, auf einen jungen Mann eindrang und zuschlug. Daraufhin kamen weitere Schläger, die mit Holzlatten wahllos und hemmungslos auf uns losschlugen. Blut floss, DemonstrantInnen gingen zu Boden. Zu meinem Erstaunen schaute die Polizei diesen Angriffen gegen Unbewaffnete minutenlang tatenlos zu“. Erst nach längerer Zeit schritt die Polizei ein. Berittene Polizei wollte die „Schlägerei schlichten“. Sie tat dies, indem sie mit ihren Peitschen auf die DemonstrantInnen einschlug, auch auf die, die hinter der Absperrung standen. Einige wurden festgenommen. Die „Jubelperser“, überwiegend Agenten des iranischen Geheimdienstes Savak, wurden weder festgenommen, noch wurden ihre Personalien festgestellt. Als der Schah in Sicht kam, jubelten sie erneut. Das Rote Kreuz schenkte Tee an sie aus.

Der Todesschuss

Am Abend durften die Jubelperser in zwei Sonderbussen in der Kolonne der Ehrengäste zur Deutschen Oper fahren, wo das Kaiserpaar einer Aufführung der Oper „Zauberflöte“ lauschen sollte. Wieder durften sich die zum Teil mit Pistolen ausgerüsteten Jubelperser vor der Absperrung formieren und sich später an der Jagd der Polizei auf DemonstrantInnen beteiligen. Gegen 19 Uhr war es dann so weit. Das Kaiserpaar rollte im Mercedes 600 vor das Opernportal. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite, gut 30 Meter von den Staatsgästen entfernt, wurden unter den 3 000 DemonstrantInnen wieder Sprechchöre laut: „Schah, Schah, Scharlatan“, „Mörder, Mörder“. Tomaten, Farbbeutel und Mehltüten zerplatzten auf der Fahrbahn, vereinzelt flogen Steine. Plötzlich zogen Polizeibeamte, die sich in einer Reihe vor den DemonstrantInnen aufgebaut hatten, ihre Gummiknüppel und begannen wild zu knüppeln. Ein Augenzeuge: „Ich sah, wie ein Polizist eine Rauchbombe in die dicht gedrängte Menge warf“. Gegen 20 h bildete der zum Angriff bestimmte Polizeitrupp einen Stoßkeil und spaltete die dicht gedrängte Menge in zwei Teile. Ohne Lautsprecherwarnung prügelten sie dann auf ZuschauerInnen und DemonstrantInnen ein. Es setzte die brutalste Knüppelei ein, die man bisher in Berlin erlebt hat. Blutüberströmt brachen viele DemonstrantInnen zusammen. Andere rannten in panischer Angst davon – soweit die Polizei sie nicht daran hinderte. Es begann die Aktion „Füchse jagen“. Die DemonstrantInnen flüchteten. Wasserwerfer wurden eingesetzt. Im Dunkel der Nacht konnten Demonstrant-Innen kaum noch ausmachen, wer Polizist, wer Zivilbeamter und wer Schah-Agent war. Einer der Nicht-uniformierten war der 39 Jahre alte Kriminalobermeister Karl-Heinz Kurras aus der Abteilung I, Politische Polizei. Zusammen mit seinen Kollegen bildeten sie einen Greiftrupp. Einige DemonstrantInnen drängten hinter den Beamten in einen Garagenhof, um vor den vorrückenden Wasserwerfer Schutz zu finden. Eine Augenzeugin: „Neben mir sagte ein Polizist, da werden unsere Kollegen umgebracht.“ Daraufhin sprangen ca. 12 Polizisten über eine Brüstung und stürzten durch die Einfahrt. Im Hof entstand eine panikartige Situation. Einigen DemonstrantInnen gelang es nicht mehr, den Hinterhof zu verlassen. Sie wurden zusammengeschlagen. In dieser Situation war auch Karl-Heinz Kurras zur Stelle, in der Hand eine entsicherte Pistole. Plötzlich schoss er. Die Kugel zertrümmerte die Schädeldecke von Benno Ohnesorg. Er wurde in das Städtische Krankenhaus Moabi

t gebracht, die Wunde zugenäht und als Todesursache Schädelbruch diagnostiziert.

Rücktritte

Am Morgen des 3. Juni brachte der Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz den Schah zum Flugplatz. Albertz fragte, ob der Schah von dem Toten gehört habe. Ja, entgegnete dieser, das solle ihn nicht beeindrucken, das geschehe im Iran jeden Tag. In zahlreichen Städten fanden in den Tagen nach dem 2. Juni Schweigemärsche, Trauerkundgebungen und Protestdemonstrationen statt, an der sich über 100 000 beteiligten. Zehntausende, nicht nur Studierende und SchülerInnen, waren entsetzt über das Versagen demokratischer Institutionen, über den, wie es Jürgen Habermas ausdrückte, „offenen Polizeiterror und ein Stadtoberhaupt, das dieser Polizei noch dankte, nachdem Benno Ohnesorg erschossen worden war."

Am 9. Juni fand in Hannover ein kurzfristig einberufener Kongress zum Thema „Hochschule und Demokratie" mit etwa 5 000 TeilnehmerInnen statt. Dort wurden Folgerungen aus der Tötung Ohnesorgs und den Erfahrungen mit Polizei, Behörden und Medien diskutiert. Am 23 Juni nahm ein vom Berliner Abgeordnetenhaus eingesetzter parlamentarischer Untersuchungsausschuss seine Arbeit auf. Nach Veröffentlichung des Untersuchungsberichtes trat Berlins Innensenator Büsch zurück. Polizeipräsident Duensing wurde auf eigenen Wunsch beurlaubt und später in Pension geschickt. Auch der Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz trat am 26. September zurück.

Strafverfahren gegen den Todesschützen Kurras

Karl-Heinz Kurras blieb im Polizeidienst. Gegen ihn wurde ein Verfahren wegen fahrlässiger Tötung eingeleitet, eine Anklage wegen Todschlags wurde nicht zugelassen. Er behauptete in der Hauptverhandlung, er sei in der Krumme Strasse umringt, verprügelt und mit Messern attackiert worden und habe deshalb ein oder zwei Warnschüsse abgegeben, der zweite Schuss habe sich versehentlich gelöst und Ohnesorg getroffen. Ein Gutachten bescheinigte ihm eingeschränkte Wahrnehmungs- und Urteilsfähigkeit, sodass er freigesprochen wurde.

Informeller Informat Karl-Heinz Kurras

Erst jetzt stellt sich heraus, dass Kurras Mitglied der SED und inoffizieller Mitarbeiter der Stasi gewesen ist. Dass die StalinistInnen terroristische Aktivitäten in der BRD verübten, es sei an die Entführung des aus der DDR geflohenen Gewerkschafters Heinz Brandt erinnert, lässt jedoch nach heutigem Wissen nicht den Schluss zu, es handele sich bei der Kurras-Tat um einen „Auftragsmord" der Stasi. Auch wenn einige Zeitgenossen der schreibenden Zunft heute meinen, die Geschichte wäre gänzlich anders verlaufen, hätte man damals um die IM-Tätigkeit des Kurras gewusst, ist abwegig. Sicher haben die Ereignisse am 2. Juni den Widerstandswillen befördert. Die nachfolgende Springer-Kampagne und der Widerstand gegen die Notstandsgesetze hätten jedoch keinen anderen Verlauf genommen.

* Quelle: „Kursbuch" Nr. 12 /April 1968

Dieser Beitrag wurde publiziert am Mittwoch den 1. Juli 2009
in der Kategorie: Geschichte und Philosophie, RSB4.